

NIEDERSCHRIFT
der 1. öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses am 11.09.2019

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Ort: Ratssaal, Am Kloster 1

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Einwohnerfragestunde
- TOP 4 Antrag Stadtrat Gunter Walther 008(VI)2019_2
Ausrufung des Klimanotstandes in Weißenfels
- TOP 5 Informationen zum aktuellen Zustand der Bäume im Stadtgebiet
- TOP 6 Diskussion zur Genehmigung von Feuerwerk
- TOP 7 Mitteilungen und Anfragen
- TOP 8 Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Richter, eröffnet die Sitzung des Umweltausschusses. Es wird festgestellt, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind. Es sind 8 Stadträte und 2 sachkundige Einwohner anwesend. Damit besteht Beschlussfähigkeit.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge wurden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

**4. Antrag Stadtrat Gunter Walther
Ausrufung des Klimanotstandes in Weißenfels**

Herr Walther, als Antragsteller, begründet den vorliegenden Antrag ausführlich. Nach seinen Ausführungen haben viele Städte der alten Bundesländer den Klimanotstand bereits ausgerufen.

Der Antrag basiert auf der Grundlage der Anträge aus den Städten Konstanz und Magdeburg und stützt sich auf den Art. 20a des Grundgesetzes.

Die im Antrag formulierten Aufgaben betreffen dabei nicht nur den Umweltausschuss sondern auch den Stadtentwicklungsausschuss.

Herr Schmidt, Fachbereichsleiter IV geht kurz auf die Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern ein. Auch wurde bereits die Umstellung der Betriebsfahrzeuge des Bauhofes auf E-Antrieb geprüft. Als Ergebnis ist dabei festzustellen, dass dies, aufgrund der hohen Anschaffungskosten sowie der niedrigen Akku-Laufzeit, nicht wirtschaftlich ist. Bzgl. der Straßenbeleuchtung informiert er, dass die LED-Umstellung im kompletten Stadtgebiet in Arbeit ist.

Nach Meinung von Herrn Klitzschmüller muss der Stadtrat überlegen, ob dieser Beschluss gefasst werden soll. Ein Beschluss hierzu hätte Auswirkung auf die komplette Organisation und den Bereich Finanzen der Verwaltung.

Er sieht es als notwendig an, auch die Firmen mit städtischer Beteiligung mit in diese Thematik einzubinden. Weiterhin sollten alle Ortschaftsräte angehört sowie alle Ausschüsse beteiligt werden. Erst danach wäre ein Beschluss des Stadtrates sinnvoll.

Weiterhin führt er aus, dass sich eine Kommune dies leisten können müsste. Er nennt dabei als Beispiel die VVW, welche untersucht haben die Dachflächen mit Photovoltaik auszustatten. Dabei kam heraus, dass dadurch die Mieten steigen würden, deshalb wurde dieses Vorhaben nicht umgesetzt.

Frau Pfauter bittet Herrn Walther um Auskunft, inwieweit bzw. welche Sanktionen drohen, wenn dies nicht umgesetzt wird und wer die Umsetzung kontrolliert.

Weiterhin ist aus den einzelnen Maßnahmen keine Zeitschiene erkennbar, in welchen die genannten Aufgaben umgesetzt werden sollen.

Hierzu teilt Herr Walther mit, dass Kommune zu einem jährlichen Bericht verpflichtet wird, in welcher Sie die Umsetzung mitteilen kann. Weiterhin ist genannt, bis 2035 als klimaneutrale Kommune zu gelten.

Herr Kunze sieht die Bezeichnung „Klimanotstand“ als zu drastisch an. Sein Vorschlag ist es, die Bezeichnung in „klimafreundliche Stadt“ umzubenennen.

Nach den Ausführungen von Herrn Kabisch-Böhme sollte man als Kommune als Vorbild voran gehen. Allerdings müssten die aufgeführten Aufgaben in den Ausschüssen beraten werden. Er macht darauf aufmerksam, dass der Stadtrat vor einiger Zeit ein Beschluss gefasst hat, keine Produkte anzuschaffen, die von „Kinderhand“ produziert werden. Näher geht er dabei auf die Herstellung der Batterien der E-Autos ein.

Herr Schilling sieht die vorliegende Thematik nicht als größten Notstand in der Stadt an. Er geht des Weiteren auf die Sicht des Rettungsdienstes ein und nennt einige Beispiele, die die Rettung aus Gebäuden (Photovoltaik) oder E-Autos erheblich erschwert.

Frau Zwirnmann stellt folgenden Antrag:

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels, den Antrag in allen Gremien des Stadtrates und der Ortschaftsräte zu behandeln. Weiterhin sollen alle Firmen, in welchem die Stadt beteiligt ist, in die Beratung eingebunden werden.

Erst nach den umfassenden Beratungen in den o.g. Gremien, soll der Stadtrat hierzu beschließen.

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels, den Antrag in allen Gremien des Stadtrates und der Ortschaftsräte zu behandeln. Weiterhin sollen alle Firmen, in welchem die Stadt beteiligt ist, in die Beratung eingebunden werden.

Erst nach den umfassenden Beratungen in den o.g. Gremien, soll der Stadtrat hierzu beschließen.

Abstimmung:

Sachkundige Einwohner	dafür: 2	dagegen: 0	Enthaltung: 0
Stadträte:	dafür: 7	dagegen: 1	Enthaltung: 0

Der Antrag von Frau Zwirnmann gilt damit als angenommen.

5. Informationen zum aktuellen Zustand der Bäume im Stadtgebiet

Herr Schmidt hat eine Auflistung vorbereitet, in welcher die einzelnen Standorte der Baumfällungen mit der Anzahl der Bäume aufgelistet sind.

Insgesamt müssen in der Kernstadt 207 Bäume gefällt werden. In den Ortschaften sind 120 Bäume betroffen. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier eine immense Steigerung zu verzeichnen. Dabei ist aber auch festzustellen, dass nicht immer die fehlende Bewässerung das Problem ist.

Es wird durch Herrn Kabisch-Böhme angefragt, ob es ein Aufforstungsprogramm gibt. Wenn es die nächsten Jahre so weiter geht, fehlen in der Stadt eine Vielzahl an Bäumen. Dem sollte entgegen gewirkt werden.

Hierzu informiert Frau Czepluch, dass im Rahmen der Ersatzpflanzungen, welche durch die untere Naturschutzbehörde auferlegt werden oder wegen geschützter Bereich gefordert werden, neue Bäume gepflanzt werden. Im Rahmen der städtischen Baumschutzsatzung sind keine Ersatzpflanzungen notwendig.

Für Neuanpflanzungen stehen im Bereich Baumschutz nicht genügend Finanzmittel zur Verfügung.

In diesem Zusammenhang bittet Herr Richter um eine Kostenaufstellung, wie hoch die Kosten für Neuanpflanzungen sind.

Herr Klitzschmüller bittet um Information, ob für Baumfällungen Mittel zur Verfügung stehen. Weiterhin bittet er um Mitteilung zum Stand der Eschen auf den Friedhof (Pilzbefall).

Er weist des Weiteren auf die Aktion „Bürgerbaum“ hin. Bürger aus der Neustadt sind auf ihn zugekommen, da sie gern die Bäume gießen wollten, sie aber nicht ihr eigenes Wasser nehmen wollten. Er fragt an, ob hierzu eine Lösung gefunden werden kann, dass den Bürgern Wasser zum Gießen zur Verfügung gestellt wird.

Frau Czepluch führt aus, dass tote bzw. kranke Bäume eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen und die Baumfällungen im Rahmen der Gefahrenabwehr finanziert werden.

Bezgl. der Eschen ist keine Verschlechterung zu erkennen.

Für die Wasserversorgung stehen der Stadt leider nicht genügend und ausreichende Behältnisse zur Verfügung, so dass eine Bewässerung durch die Bürger nicht abgesichert werden kann.

Herr Schilling schlägt vor, die vorhandenen Medien mit einzubeziehen und einen Spendenaufruf für Bäume zu starten. Vielleicht kann auch eine Patenschaft organisiert werden. Weiterhin wird er im Bereich Feuerwehr anregen, die Übungen auf Flächen durchzuführen, in welchem das verwendete Wasser für die Bäume genutzt werden kann.

Bezüglich der Wasserversorgung wird vorgeschlagen, an einen Hydranten ein Standrohr zu setzen, um hieraus Wasser entnehmen zu können.

Es kommt die Frage auf, ob im Zusammenhang mit dem Bürgerbaum, überhaupt Flächen zur Pflanzung zur Verfügung stehen.

Hierzu wird mitgeteilt, dass keine kompletten Flächen zur Verfügung stehen. Jedoch wurde mit Interessenten immer eine individuelle Lösung gesucht und gefunden.

Der Ausschuss legt fest, dass die Verwaltung im übernächsten Amtsblatt sowie im Internet einen Aufruf zum Bürgerbaum veröffentlichen soll.

6. Diskussion zur Genehmigung von Feuerwerk

Herr Klitzschmüller erläutert kurz die Hintergründe. Feuerwerke haben nicht nur Auswirkungen auf die Umwelt sondern auch auf den Tier- und Lärmschutz.

Er bittet die Verwaltung um Auskunft, wieviel Mittel die Stadt für Feuerwerke (Schlossfest) verwendet. Des Weiteren soll eine Analyse übergeben werden, wieviel Feinstaub durch ein Feuerwerk freigesetzt wird.

Weiterhin wird um eine Kostenaufstellung für genehmigte Feuerwerke gebeten.

Nach Ansicht von Herrn Klitzschmüller sollte ein komplettes Verbot für private Feuerwerke gelten. Auch für das Schlossfest könnte über eine Laser- bzw. Lichtshow nachgedacht werden.

Ein komplettes Verbot ist nach Meinung Herrn Schilling fragwürdig, jedoch könnte man das Feuerwerk auf den Ort o.ä. beschränken.

7. Mitteilungen und Anfragen

Herr Walther geht auf seine im April 2019 gestellte Anfrage zu den Sturzfluten ein. Er bittet um Beantwortung.

8. Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Veit Richter
Vorsitzender

Sophie Münx
Protokollführerin